

drückt. Genügt der Arbeitslosenvorrang, den das Parlament zur Umsetzung der Initiative beschlossen hat?

Mit der Annahme der Initiative hatten wir einen klaren Auftrag von Volk und Ständen. Das Parlament hat dann versucht, das Dilemma mit den Bilateralen zu lösen. Es hätte dabei den vorhandenen Spielraum zugunsten der Initiative mit dem Vorschlag der CVP für eine «Bottom-up»-Schutzklausel weiter nutzen können.

Sie zeigen eine gehörige Skepsis bezüglich der Zuwanderung.

Ich schaue das nüchtern und rational an. Die Zuwanderung bringt Nutzen, etwa für die AHV, und wir brauchen auch hochqualifizierte Arbeitskräfte. Sie bringt aber auch Kosten, die man nicht ausblenden darf. Es wird enger in der Schweiz, wir müssen mehr bauen, verdichten, die Infrastruktur wird stärker belastet. Es braucht eine Diskussion darüber, wie viel Zuwanderung es erträgt.

Soll man die Personenfreizügigkeit beenden, wie es die SVP verlangt?

Das ginge zu weit. Das Volk hat immer wieder Ja gesagt zum bilateralen Weg. Wir sollten den Königsweg nicht aufs Spiel setzen.

Der eingangs erwähnte Fragesteller hatte die Verknüpfung der Steuerreform mit der AHV-Zusatzfinanzierung kritisiert, über die das Volk im Mai wird abstimmen müssen. Verstehen Sie die Kritik an dieser Verknüpfung?

Die Steuervorlage ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz ausserordentlich wichtig. Dass es einen sozialen Ausgleich braucht, ist ebenso klar. Ich finde die gewählte Lösung mit der AHV gut, persönlich hätte ich dem Volk allerdings zugetraut, dass es diese beiden Fragen unabhängig voneinander beurteilen kann. Es ist wichtig für unser Land, dass die Vorlage vom Volk angenommen wird.

Die Zusatzfinanzierung für die AHV wird nicht reichen, um die Altersvorsorge nachhaltig zu sanieren. Wie soll sie reformiert werden?

Der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre kann ich zustimmen, wobei ich aber auch finde, dass es an der Zeit wäre, die Lohnungleichheit endlich zu realisieren. Es braucht aber auch eine Flexibilisierung des Rentenalters. Man muss dabei Fehlanreize beseitigen, damit es sich lohnt, länger zu arbeiten.

Muss das Rentenalter von Mann und Frau auf über 65 Jahre erhöht werden?

Ich schrecke vor dieser Diskussion nicht zurück. Wir sollten sie mit allen Akteuren ergebnisoffen führen.

Die CVP hat eine Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen lanciert. Welche konkreten Sparvorschläge stehen für Sie im Vordergrund?

Gesundheit ist ein hohes Gut und der Bevölkerung zu Recht enorm wichtig. Das Gesundheitswesen ist äusserst anspruchsvoll. Aber es haben sich auch hier Fehlanreize entwickelt. Studien zeigen, dass rund ein Fünftel der erbrachten Leistungen medizinisch nicht notwendig wäre. Es ist nicht einfach, aber da sollte man ansetzen.

Ein Streitthema bleibt die Landwirtschaft. Hätten die Bauern mit Ihnen eine weitere Fürsprecherin in der Regierung?

Die schweizerische Landwirtschaftspolitik ist ein Verfassungsauftrag. Es geht um die Produktion von Nahrungsmitteln und um Landschaftspflege.

Die Bauern wehren sich aber vehement gegen einen Abbau des starken Grenzschutzes, während die Exportwirtschaft auf möglichst offene Märkte angewiesen ist. Welche Interessen gewichten Sie in diesem Konflikt höher?

Auch hier gilt: Wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Wenn wir den Grenzschutz im Interesse der Exportwirtschaft reduzieren müssen, braucht es sicher eine Kompensation für die Bauern. Eine einseitige Liberalisierung käme einer Revolution gleich. Das lehne ich ab.

Umweltschutz ist Ihnen ein wichtiges Anliegen. Die ökologische Leistungsbilanz der Landwirtschaft lässt allerdings zu wünschen übrig.

Der Landwirtschaftsartikel in der Bundesverfassung verlangt neben der Versorgung der Bevölkerung gerade auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Auch das monetäre Anreizsystem ist da. Im Kanton Uri verfolgen wir übrigens zusammen mit den Bauern Projekte zur Verbesserung der Biodiversität. Mit der Bewirtschaftung von Wildheulflächen verbuchen wir grosse Erfolge. Sicher haben wir da aber noch Hausaufgaben zu machen. Umso mehr, als mit der Trinkwasser- und der Pestizid-Initiative zwei Volksbegehren auf dem Tisch liegen, die in der Bevölkerung Zuspruch finden.

Apropos Protektionismus: Soll man Übernahmen von Schweizer Unternehmen durch staatlich beherrschte chinesische Unternehmen einen Riegel verschieben?

Die Stossrichtung der im Parlament eingereichten CVP-Motion zur Kontrolle von Direktinvestitionen kann ich nachvollziehen. Wie sie konkret umgesetzt werden soll, darauf will ich mich noch nicht festlegen. Es wäre ja, das ist mir bewusst, auch ein Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.

Der Bundesrat wollte die Ausführbestimmungen für Kriegsmaterial lockern, kapitulierte aber angesichts des breiten Widerstands. Hätten Sie eine Lockerung befürwortet?

Nein.

«Ich bin in den Bergen aufgewachsen, und ich weiss, was passiert, wenn die Natur entfesselt ist. Wenn Sie das miterleben, werden Sie automatisch zur Befürworterin des Klimaschutzes.»

Derzeit steht die Umsetzung der Energiestrategie 2050 an, mit der sich das Volk für den Atomausstieg ausgesprochen hat. Wie soll er gemeistert werden? Das ist eine wirklich ganz grosse Herausforderung!

Sie haben der Energiestrategie aber zugestimmt?

Ja. Und ich gebe zu, dass wir uns hier auf einen unbekanntes Pfad begeben haben. Wenn ich das Energieumfeld anschau, sehe ich im Moment noch nicht, wie wir die Atomkraft substituieren können. Die Wasserkraft muss ihren Teil beisteuern. Ob die jetzige Technologie bezüglich Wind- und Sonnenenergie ausreicht, ist fraglich, auch aufgrund von Fragen des Landschaftsschutzes.

Was wäre denn zu tun?

Wir brauchen, und das ist die grosse Chance für die Schweiz, Innovation im Bereich Energietechnologie, Produktion und Effizienz. Hier ist die Schweiz ja auch stark. Die Versorgungssicherheit ist zentral.

Gaskraftwerke sind ausgeschlossen für Sie?

Im Moment können wir das nicht machen.

Es würde auch mit dem Klimaziel kollidieren, das Sie ja wahrscheinlich unterstützen?

Ich bin in den Bergen aufgewachsen, und ich weiss, was passiert, wenn die Natur entfesselt ist. Wenn Sie das miterleben, werden Sie automatisch zur Befürworterin des Klimaschutzes. Der Bundesrat hat nun ein totalrevidiertes CO₂-Gesetz vorgelegt, und dessen Stossrichtung unterstütze ich. Aber die darin vorgesehenen Abgaben sind auch eine Belastung der Haushalte und der Unternehmen. Wir sollten daher nicht weitergehen.

Der Bundesrat will 8 Milliarden Franken in Kampffjets und die Boden-Luft-Abwehr investieren. Ist das zu wenig oder zu viel?

Weder noch. Die Luftwaffe muss erneuert werden. Ein neutrales Land muss sich selber verteidigen können. Und dazu gehört der Schutz des Luftraums. Ich bin aber der Meinung, dass man den Gesamtbetrag aufteilen sollte auf die neuen Kampfflugzeuge und auf die Boden-Luft-Raketen. Und weil das Schweizer Stimmvolk den Kauf des Kampffjets Gripen abgelehnt hat, sollte man es über die Kampfflugzeuge nochmals abstimmen lassen.

Sie kandidieren explizit auch als Frau. Es war für mich entscheidend, dass wir auch aus der Zentralschweiz eine Frauenkandidatur haben.

Warum?

Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus, aber keine Frau kann alle Frauen repräsentieren. Es braucht daher in einer Regierung mehrere Frauen mit unterschiedlichen Lebensläufen.

Wie hätten Sie als Parlamentarierin bei der Pflicht von Lohnanalysen für Unternehmen gestimmt?

Ich hätte da wohl zugestimmt. Es ist ein Versuch. Ich staune einfach, dass es immer noch Lohnunterschiede gibt.

Unterstützen Sie die Fortführung der Anstossfinanzierung für Krippen? Grundsätzlich ist das Sache der Kantone. Aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mir wichtig. Darum: Ja.

Befürworten Sie auch einen gesetzlichen Vaterschaftsurlaub?

Ja. Zwei Wochen. Das kann man doch machen! Aber nicht auf Kosten des Mutterschaftsurlaubs. Da nehme ich die Mutter in Schutz. Dafür haben wir lange gekämpft.

Soll man für grosse Unternehmen Frauenrichtwerte festlegen?

Ich fürchte, es geht nicht anders. Wichtig ist, dass es weiche Quoten sind. Eine Befristung des Gesetzes hätte ich allerdings begrüsst.

Gibt es Anliegen als Urnerin, als Vertreterin eines Bergkantons, die Sie in den Bundesrat tragen wollen?

Man ist als Bundesrätin selbstverständlich Vertreterin der ganzen Schweiz. Aber ich bringe meine eigenen Erfahrungen ein. Und die Vertretung der Zentralschweiz hat Symbolkraft. Es geht um die Identifikation aller Landesteile mit der Landesregierung.

Letzte Frage: Sie sind offenbar eine starke Raucherin – haben Sie sich schon eine Ladung Nikotinplaster für die Bundesratsitzungen besorgt? (lacht) Nein, ich bin es gewohnt, lange durchzuhalten. Aber ich habe gern effiziente, kurze Sitzungen!

Das hat aber nicht nur mit dem Rauchen zu tun?

Nein. Aber man kann ein Thema auch zerreden.

Es gibt auch die Kritik, dass der Bundesrat zu wenig diskutiert, sich die Mitglieder gegenseitig zu sehr schonen.

Ich habe meine Aussage nicht auf den Bundesrat gemünzt! Er soll über zentrale Fragen à fond diskutieren und sich zu gemeinsamen Lösungen durchringen. Abstimmungen sollten in einer Kollegialregierung die Ausnahme sein. Und man soll auch nicht sagen können, jener Bundesrat hatte Erfolg, jener ist gescheitert. Nein: Es ist der Gesamtbundesrat, der die Verantwortung trägt!

Interview: Heidi Gmür, Michael Schoenenberger

HERAUSGEGRIFFEN

Die Tage des «Chili Johnny» sind gezählt

sur. · Noch findet sich der Posten «Chili con Carne» auf dem offiziellen Bestellformular «Armeeproviant 2018». Doch schon bald könnte es um das in Soldatenkreisen gemeinhin als «Chili Johnny» bekannte Dosenmenu der Armee geschehen sein. So schrieb das Verteidigungsdepartement (VBS) am Montag in einer Medienmitteilung: «Dem Chili Johnny geht's ans Eingemachte.» Das Gericht ist die derzeit einzige verfügbare warme Feldverpflegung. Mit der Weiterentwicklung der Armee soll es zu einer Neuausrichtung des Verpflegungskonzepts und damit auch der Feldkulinark kommen. Im Ernstfall, so das VBS, müssten sich bis zu 100 000 Armeeangehörige während mindestens 14 Tagen autonom verpflegen können. Da kann es natürlich nicht schaden, wenn der Menüplan künftig etwas mehr Abwechslung verspricht.

Altbekanntes muss dabei Neuem weichen. Der drohende Verlust des «Chili Johnny» dürfte jedoch nur für einzelnes Wehklagen sorgen. Mit Gaumenfreuden lässt sich das Gericht nur schwerlich in Verbindung bringen. Ausserdem stellt das VBS mehr als gleichwertigen Ersatz in Aussicht. Statt des feuerroten Chilis aus der Büchse könnten die Soldaten künftig beispielsweise zwischen einem rassigen Tikka Masala, einem provenzalisch angehauchten Poulet in Kräutersauce und einem kräftigen Pfannenge-

richt mit Lammfleisch auswählen. Diese Menus, die vom norwegischen Hersteller unter dem für Schweizer Soldaten fast schon höhnisch anmutenden Label «Real Field Meal» angeboten werden, wurden unlängst einem «Truppenversuch» unterzogen.

Wenig überraschend war es an den Grenadiern und Fallschirmaufklärern, die insgesamt fünfzehn angebotenen Menüvariationen zu testen, haben doch beide Truppengattungen hinlänglich Erfahrung mit unbekanntem Terrain. Zudem, so war jüngst in einer Publikation zu lesen, würde in den Küchen der Grenadierschulen drei bis vier Mal häufiger gekocht, als es offiziell für «normale» Rekrutenschulen vorgesehen wäre. Die Armee hat bei der Wahl der Versuchstruppen also nichts falsch gemacht. Und offensichtlich mündete das Testessen. Zumindest seien die Rückmeldungen rundum positiv gewesen, versichert das VBS. Die Menus seien nicht nur wegen des Geschmacks, sondern auch aufgrund des leichten Gewichts, des geringen Volumens und der langen Haltbarkeit von fünf Jahren positiv bewertet worden. Im Gegensatz zum Chili kommen diese in Beutelform angeliefert. Ob es dereinst das «Real Field Meal» sein wird, das den Soldaten auf dem Feld offeriert werden wird, muss sich aber noch weisen. Für das Jahr 2020 ist eine Ausschreibung im Rahmen der WTO geplant.

Weniger Tierschutzdelikte

Aufhebung der Hundekurse als zentrale Ursache

(sda) · Zum ersten Mal seit 2004 hat die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) im vergangenen Jahr einen massiven Rückgang der Zahl der Tierschutzstrafverfahren verzeichnet. Insgesamt kam es zu 1691 Strafverfahren. Das ist eine Abnahme von rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie die Stiftung am Donnerstag mitteilte. Bei der Verfolgung von Tierschutzdelikten gebe es aber grosse kantonale Unterschiede.

Der massive Rückgang ist massgeblich auf die Aufhebung der Ausbildungspflicht für Hundehalter zurückzuführen. Strafen wegen fehlender Sachkundeausweise sind damit dahingefallen. Auch abgesehen davon ist die Zahl der Tier-

schutzdelikte landesweit zurückgegangen. Welche Ursache dies hat, bleibe laut TIR zu klären. Bisher ging die Stiftung davon aus, dass die Zahl der Verstösse etwa gleich bleibt, aber dass mehr verfolgt und konsequenter bestraft werden, so dass die Zahl der Strafverfahren in den vergangenen Jahren angestiegen ist.

Mehr als die Hälfte der Delikte wurden 2017 an Heimtieren begangen, etwas über ein Viertel an Nutztieren. Mit 790 Fällen weitaus am meisten betroffenen waren wiederum Hunde. Doch diese Zahl ist zu relativieren, wie TIR schreibt. So sind darin immer noch auch Strafen wegen eines fehlenden Sachkundeausweises enthalten.

ANZEIGE

Für den Einkauf zu Hause.

Lassen Sie uns den Einkauf für Sie erledigen und schenken Sie sich Zeit – für die wirklich wichtigen Dinge im Leben.

Vorteile:

- Umfangreiches Sortiment – zu gleichen Preisen wie in der Coop Filiale
- Einzigartige Auswahl von mehr als 1400 Jahrgangswinen und 350 auserlesenen Spirituosen
- Bequeme Lieferung an die Wohnungstüre, vielerorts sogar stundengenau



BON
CHF 20.-
Code:
NZZ18D-G

www.coopathome.ch

CHF 20.- Rabatt bei Ihrem Online-Einkauf ab CHF 200.- bei coop@home. Code «NZZ18D-G» im Checkout einfügen. Bon kann nicht kumuliert werden, ist gültig bis am 31.12.2018 und pro Kunde einmal einlösbar. Nicht gültig beim Kauf von Geschenkkarten und Mobile Angeboten.



Für mich und dich. @home